

Demokratie als Dauersimulation – oder:

# Woher die Gespenster kommen

*Ein Postulat von Thomas Deterding*

**Irgendetwas stimmt nicht. Irgendetwas ist nicht echt. Dieses subtile Unbehagen, das uns oft befällt, wenn wir politische Debatten verfolgen, hat seine Wurzeln möglicherweise in schwer fassbaren Prozessen, die das Geschehen auch und gerade in repräsentativ-demokratischen Staaten maßgeblich beeinflussen, wenn nicht gar steuern. Wie diese Prozesse aussehen und warum es zur Berufsbeschreibung von Politiker:innen gehört, ein Brett vor dem zu Kopf haben, erklärt in pointierter Form der folgende Text.**

Regelmäßig kommt es vor, dass Parteien beziehungsweise Politiker:innen einen Vorschlag propagieren, welcher die einfache Lösung eines Problems verspricht, bei näherer Betrachtung aber rein plakativ und substanzlos ist. In der Folge entwickeln sich dann sogenannte Gespensterdebatten, die zum einen der Partei oder den Politiker:innen, die sie inszeniert haben, Aufmerksamkeit bringen, die vor allem aber vom eigentlichen Problem ablenken.

Auch wenn das Kalkül den Protagonist:innen nicht immer voll bewusst sein mag, handelt es sich also um strategische Kommunikation. Zu deren Eigenarten gehört es, dass es nicht darum geht, Lösungen für ein Problem zu finden, sondern eine Botschaft zu verkünden – oder besser: zu verkaufen. Das erklärt den Eindruck, den wir als Zuschauende bei politischen Debatten oft bekommen: Unsere Volksvertreter:innen haben buchstäblich ein Brett vor dem Kopf – und zwar eines, auf dem vorne in großen Lettern eine Werbebotschaft steht, hinter dem sich aber gähnende Leere auftut.<sup>1</sup>

Abnehmer beziehungsweise Zwischenhändler für die häufig steil daherkommenden Thesen finden sich schnell, ja es gilt sogar: Je steiler, desto schneller! Umso begieriger nämlich werden die Happen von der lauernden Medienmeute aufgenommen und wiedergekaut.<sup>2</sup>

Angekommen bei den Endkund:innen, also dem Wahlvolk, erzeugen die argumentativen Phantome zunächst das, wozu sie erkoren sind: Aufmerksamkeit, vielleicht sogar eine Stimmung, die für gewisse Zeit wellenartig in den sozialen Medien hin- und herschwappt. Über kurz oder lang stellt sich aber ob des immer offensichtlicher werdenden Betrugs das eingangs beschriebene Unbehagen ein, das schließlich in Demokratiefrust mündet.

Gespensterdebatten sind also durch Folgendes gekennzeichnet: Bereits bei der Konzeption des Kommunikationsaktes steht die Verkaufsstrategie im Vordergrund, das Problem selbst hingegen wird geradezu beiseitegeschoben. Verständigung im Sinne der Sache findet nicht statt, Zusammenhänge werden ignoriert. Und das verringert in erheblichem Maße die Wahrscheinlichkeit, dass angemessene Lösungen zustande kommen.

Denkt man ein wenig über diese Definition nach, dann fragt man sich unweigerlich: Was sind denn eigentlich *keine* Gespensterdebatten? Wann hat man zuletzt eine Diskussion gesehen, bei der ein:e Politiker:in im Ringen um die beste Lösung oder einen Kompromiss auf die gegnerische Seite zugegangen ist, geschweige denn einen Fehler eingestanden hat? Genau: Politische Kommunikation wird in wohl allen real existierenden Demokratieformen von strategischem Vorgehen dominiert.<sup>3</sup>

Natürlich beruhen Strategien letztlich auf programmatischen Inhalten, und natürlich wird über diese Inhalte beraten und verhandelt; aber der entscheidende Teil des Austauschs findet meist abseits des Scheinwerferlichtes oder gar hinter den Kulissen statt. Spiegelt sich in diesem Interessenausgleich, der oft eher ein Kuhhandel ist, wirklich der Wille der Wähler:innen wieder?

Und wie sollen sich Letztere überhaupt eine Meinung bilden, wenn die Vorgänge so intransparent sind und ihnen ständig etwas vorgegaukelt wird? <sup>4</sup>

Dazu kommt, dass sämtliche Bereiche der Gesellschaft, also Politik, Massenmedien, Wirtschaft und sogar das Wahlvolk selbst, nur anlässlich einer Vermutung auf die beschriebene Art und Weise miteinander kommunizieren – oder vielmehr nicht-kommunizieren: Die Protagonist:innen aus der Politik wittern aufgrund der in den alten und neuen Medien geäußerten Meinungen eine Stimmung und führen daraufhin ihre Spiegelgefechte, häufig genug angefeuert von Lobbyist:innen, welche naturgemäß die Letzten sind, die ein Interesse an sachlichen Debatten haben. Journalist:innen wiederum hinterfragen durchaus, was ihnen von der Politik dargeboten wird, und sie diskutieren auch das Pro und Contra einer Angelegenheit – bestenfalls zumindest. Schlechtestenfalls treiben sie die Inszenierung voran, zum Beispiel indem sie der Politik wechselweise vorwerfen, zu zögerlich oder zu überstürzt zu handeln. Keinesfalls jedoch kennen oder repräsentieren die Medienschaffenden die öffentliche Meinung, auch sie mutmaßen nur darüber oder geben gar wider besseren Wissens vor, sie zu kennen. Weder das, was Journalist:innen anekdotisch von den Wähler:innen erfahren und dann interpretierend veröffentlichen, noch das, was ihnen demoskopische Erhebungen verraten, kann ja als Volkswille bezeichnet werden. Es ist nicht mehr als eine Laune, es kann nicht mehr sein – und zwar aus einem einfachen Grund: Gesellschaftsweite Diskurse finden in repräsentativen Demokratien generell nicht statt. Denn ohne dass die Möglichkeit beziehungsweise Notwendigkeit besteht, *verantwortend* eine Entscheidung darüber zu treffen, wie ein Problem am besten zu lösen ist, verdrängen wir Bürger:innen nur allzu gerne das gemeinsame Anliegen, ersparen uns das mühevollen Abwägen, verharren stattdessen lieber im Vor-Urteil, lassen uns mitunter auch zu einer bequem herausgeschleuderten Proklamation hinreißen oder steigern uns im Extremfall sogar in eine Verschwörungsideologie hinein. <sup>5</sup>

An dieser Stelle verbirgt sich wohl noch eine weitere fatale Wirkungskaskade, die oft wie folgt abzulaufen scheint: Es gibt sie ja, die authentischen Entwürfe der Politik – Vorschläge also, die ohne strategische Absicht verkündet werden. Die Boulevardmedien skandalisieren diese aber häufig, indem sie in der Bevölkerung Ängste vor finanziellen Verlusten schüren. Um zu suggerieren, dass die Mehrheit so empfindet, genügt dabei allein die Behauptung, dass ein solcher Vorschlag, [zum Beispiel der einer höheren Besteuerung von Benzin](#), ein Skandal sei. Spätestens daraufhin dürfte sich unter den Bürger:innen eine entsprechende Stimmung einstellen, welche maßgeblich dazu beiträgt, dass die nun unter anderem von den öffentlich-rechtlichen Medien verbreiteten Differenzierungen überhört werden. Umfragen dokumentieren das entstandene Meinungsklima dann – und die Partei, die den Vorschlag äußerte, reagiert prompt, indem sie ihn zurückzieht oder anpasst. Die Antwort der Politik wird jedoch von der Bevölkerung nicht honoriert, sondern als Bestätigung ihrer Laune aufgefasst. Langfristig schwindet das Vertrauen der Wähler:innen sowohl in die demokratischen Parteien als auch in die Massenmedien. Und damit erscheinen dann jene Gespenster, die unsere Gesellschaft heimsuchen – sozusagen nach erfolgter Metamorphose – in neuer Gestalt. <sup>6</sup>

Diskurse müssen also gleichermaßen ermöglicht wie erlernt werden. Dazu bedarf es entsprechend ausgestalteter Instrumente, die uns erlauben beziehungsweise abverlangen, uns als Kollektiv zu begreifen – Instrumente also, mit deren Hilfe wir uns immer wieder neu darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen und was dem Gemeinwohl dienlich ist. Insbesondere die Kombination aus bundesweiten Volksabstimmungen und [Wirtschaftskonventen](#) wäre hierzu geeignet. Weil diese Instrumente bisher aber gesetzlich nicht verankert sind, wird das, was wir Demokratie zu nennen pflegen, nur in Endlosschleife simuliert und ist nicht mehr als ein schöner Schein, der aus einem gellenden und gefährlichen Schweigen resultiert: dem Schweigen der Argumente. <sup>7, 8, 9, 10</sup>

---

## Generelle Hinweise:

1. Bei der vorliegenden Textfassung handelt es sich um die ungekürzte und kommentierte Version. Eine leicht [gekürzte Fassung](#) ist im Blog des Freitag zu finden. Mein Plädoyer „[Eine andere Demokratie wagen!](#)“ gibt die Essenz des hiesigen Textes ebenfalls wieder.
2. Postulat bedeutet „Behauptung“, „Vorhersage“, „Forderung“. Alle drei Begriffe treffen auf dieses Werk zu. Es enthält also nicht ausschließlich wissenschaftlich gesicherte Fakten, sondern stellt insgesamt eine Hypothese dar. Deren Publikation empfinde ich als notwendiges, manchmal aber auch als ziemlich gewagtes Unterfangen – Letzteres insbesondere wegen der zugespitzten Form und der unüberschaubaren Fülle an Literatur, die es zu den hier angesprochen Themen gibt. Aufgrund eben dieser pointierten Form des Textes bedarf es folgender Anmerkungen, um Missverständnissen vorzubeugen.

## Konkrete Anmerkungen zum Text:

<sup>1</sup> Davon ausgehend, dass die meisten Politiker:innen das Ziel verfolgen, die Welt ein Stück weit besser zu machen, stellt dieser Text neuerlich die bekannte Frage, inwieweit die Rhetorik, die dem politischen Wettbewerb entspringt, dieser guten Absicht entgegensteht und deshalb zumindest mit Augenmaß verwendet werden muss. Jegliches Augenmaß vermissen lässt jedoch, wer Gespensterdebatten, [wie jene um die Verzögerung des Atomausstiegs](#), inszeniert und mit dieser Art von Populismus die Erosion einer ohnehin dysfunktionalen Demokratie weiter vorantreibt.

<sup>2</sup> Wenn hier von einer „lauernden Medienmeute“ die Rede ist, dann klingt das auf den ersten Blick nach „Lügenpresse“. Diejenigen, die den letztgenannten Schmähbegriff in die Welt posaunen und deshalb an dieser Stelle (zu früh) jubeln, werden gebeten, den Text zu Ende zu lesen. Versprochen: Sie erhalten die Chance, von Ihrer eigenen Lebenslüge geheilt zu werden, wenn Sie den Blick in den Spiegel wagen!

Und jene rechtschaffenen Journalist:innen, denen meine Formulierung aufstößt, mögen bitte die später im Text folgende Differenzierung zur Kenntnis nehmen und sich vergegenwärtigen, dass ein Teil ihrer Zunft – und nur dieser ist mit der von mir genannten Metapher gemeint – Menschenleben aufs Spiel setzt, [wenn zum Beispiel notwendige Klimaschutzmaßnahmen derart skandalisiert werden](#), dass ihre Umsetzung in Gefahr gerät. Selbstverständlich sind Zuspitzungen grundsätzlich erlaubt und manchmal sogar notwendig, aber Hetzkampagnen, die über Wochen und Monate nur noch an den Affekt appellieren, sind verantwortungsloser Gebrauch journalistischer Macht!

<sup>3</sup> Wäre es nicht unglaublich wohltuend, anstelle des ewigen Streits, der in erster Linie darauf abzielt, den politischen Gegner herabzusetzen, einmal eine Auseinandersetzung in der Sache zu erleben - einen Diskurs also, dessen einziges Ziel es ist, die bestmögliche Lösung für alle Betroffenen zu finden? Eine solche Verständigungskultur würde voraussetzen, Demokratie nicht in erster Linie als Markt zu begreifen, auf dem die Regeln des Wettbewerbs gelten, sondern als Forum, in dem die Grenzen zwischen Eigengruppe und Fremdgruppe verschwimmen, weil sie dem Interesse des Gemeinwohls untergeordnet werden. Möglich wäre das im Rahmen der Gemeinwohl-Ökonomie, die ein Hybridmodell zwischen deliberativer und direkter Demokratie darstellt.

<sup>4</sup> Wie andernorts von mir erwähnt deutet einiges darauf hin, dass strategische Kommunikation als solche von der Bevölkerung mindestens fallweise mehrheitlich durchschaut wird. Weil das seitens der Politik aber nicht in Betracht gezogen wird oder zumindest nicht zu entsprechendem Handeln führt, ändert diese Beobachtung nichts an den hier beschriebenen Mechanismen.

<sup>5</sup> Abgesehen von dieser psychologischen Folge des Diskursmangels sind ohnehin alle Mitglieder der Gesellschaft permanent auf Vermutungen dazu angewiesen, wie der genaue Auftrag der Wähler:innen lautet, weil Wahlen eben nur grobe Richtungsentscheidungen sind.

<sup>6</sup> Diese Entwicklung führt dazu, dass das Personal aus Politik und Massenmedien zunehmend den scheinbar so „egozentrischen“ Bürger:innen misstraut – zu Unrecht allerdings, denn wie dargelegt handelt es sich ja um eine Dysfunktion des politischen Systems!

<sup>7</sup> Volksabstimmungen sollten meines Erachtens so gestaltet werden, dass ihnen ein deliberativer Prozess vorausgeht. Einen entsprechenden Vorschlag habe ich bereits im Jahr 2000 publiziert und später in einer wissenschaftlichen Arbeit, die auf meiner Homepage heruntergeladen werden kann, nochmals beschrieben. Auch Wirtschaftskonvente (die eigentlich besser Gemeinwohl-Konvente heißen müssten) sind bewusst so konzipiert, dass der Beratung, die die diskursethischen Kriterien weitestmöglich genügen soll, ein direktdemokratischer Entscheid folgt.

<sup>8</sup> Zwar weist das Grundgesetz auf die Möglichkeit von Abstimmungen hin, es gibt jedoch kein Ausführungsgesetz.

<sup>9</sup> Darf man „unsere Demokratie“ in Zeiten, in denen anderswo Autokratien florieren, totalitäre Systeme etabliert und imperialistische Kriege geführt werden, derart kritisieren? Man muss es sogar, will man ihrem Anspruch gerecht werden und genau den Mechanismen des Populismus entgegenwirken, die die Entstehung autoritärer Regime begünstigen und dazu beitragen, diese zu festigen.

<sup>10</sup> Manch eine:r wird sich hier vielleicht fragen, wie denn von einem „Schweigen der Argumente“ die Rede sein kann, wenn doch gleichzeitig in den alten und neuen Medien äußerst differenzierte Auseinandersetzungen zu verschiedensten Themen zu finden sind. Gerade diese sind hier aber nicht gemeint, sondern der fehlende gesamtgesellschaftliche Diskurs.

## Literatur:

Der vorliegende Text nimmt insbesondere Bezug auf die Konzepte zur Diskursethik und zur deliberativen Demokratie von Jürgen Habermas. Wer einen Einstieg in diese Thematik sucht, wird in seinem nur rund einhundert Seiten starken Buch fündig, das er vor kurzem veröffentlicht hat: Habermas, Jürgen: Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022